

Der Kampf um Mitte

Die Geschichte der Mitte-Orientierung von der Zentrumspartei bis zur Union

WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin. Abteilungsleiter Publikationen/Bibliothek, Wissenschaftliche Dienste /Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Die Mitte“ – der Wahlslogan, den die Union für die Bundestagswahlen 2008/9 plakatieren ließ, steht seit den Anfangstagen der Christlichen Demokratie in Deutschland für ihr Selbstverständnis. Der manchmal etwas unscharfe Begriff beschreibt eine Äquidistanz

gegenüber linken Utopien und rechtspopulistischen Vorstellungen, fest verankert in einem christlich-bürgerlichen Werte- und Demokratieverständnis. Entstanden ist der Begriff in den Parlamenten des 19. Jahrhunderts, als sich die Abgeordneten, die politische Extreme ablehnten, in der Mitte des Plenarsaales platzierten. Das katholische Zentrum und nach 1945 die Unionsparteien haben immer versucht, die politische Mitte zu besetzen.

Für die christlich demokratische Bewegung ist die im Dezember 1870 in Berlin gegründete Zentrumspartei ein wesentlicher historischer Vorläufer. Seitens ihrer Gründer war eine Beschränkung auf Katholiken ursprünglich nicht intendiert; man sah sich als kirchennahe, bürgerliche Partei mit klarer

rechtsstaatlich-konstitutioneller Ausrichtung, eine klassische Verortung in der politischen Mitte eben. Auch der Name „Zentrum“ wurde gewählt, um diese Orientierung deutlich zu machen.

Wahlsoziologisch konnte das Zentrum tatsächlich für sich in Anspruch nehmen, die Mitte der Gesellschaft zu repräsentieren. Aufgrund ihrer konfessionellen Ausrichtung umfasste die Partei vom oberschlesischen Bergarbeiter über den rheinischen Lehrer bis hin zum westfälischen Gutsbesitzer als einzige Partei im kleindeutschen Reich alle Schichten der Gesellschaft. Gleichzeitig erforderte die große soziale Bandbreite eine programmatische Offenheit, damit sich die zudem noch geografisch weit gestreute Wählerschaft damit identifizieren konnte. Oft als schwammig kritisiert, sicherte das Zentrumsprogramm aus sozialpolitischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftsfreundlichen Forderungen, zusammengehalten von kirchen- und schulpolitischen Grundsätzen, eine breite Anschlussfähigkeit gegenüber fast allen anderen politischen Gruppierungen im Reichstag.

In seiner schichtenübergreifenden Zusammensetzung war das Zentrum der einzige Vorläufer der modernen Volksparteien im Kaiserreich. Freilich fehlte ihm zur wirklichen Volkspartei die Einbeziehung der evangelischen Bevölkerungsteile. Schon Ludwig Windthorst (1812 bis 1891), der parlamentarische Gegenspieler Bismarcks und mit Abstand der wichtigste Zentrumspolitiker im Kaiserreich, unternahm mehrfach energische Vorstöße, um prominente evangelische Mitglieder zu gewinnen. In den Zeiten des staatlichen „Kulturkampfes“ gegen die vermeintlichen Gefahren eines angeblich vom Vatikan gesteuerten „politischen Katholizismus“ und entsprechender Betonung der konfessionellen Spaltung war dem jedoch kein Erfolg beschieden.

DAS SCHEITERN IN WEIMAR

Vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Offenheit gegenüber der deutschen Gesellschaft ein wesentliches Thema innerhalb des politischen Katholizismus. Der Kölner Journalist Julius Bachem forderte 1906: „Wir müssen aus dem Turm heraus!“ und propagierte eine verstärkte Hinwendung zu den Protestanten, um die gesellschaftliche Mitte in ihrer ganzen Breite zu besetzen und strukturell mehrheitsfähig zu werden. Gleichzeitig tobte die Debatte um interkonfessionelle christliche Gewerkschaften. Eine kirchenamtliche Verurteilung der christlichen Gewerkschaften konnte die Zentrumsführung abwenden, aber innerkatholisch war eine interkonfessionelle christliche Partei seinerzeit noch nicht durchsetzbar.

Der Erste Weltkrieg und die folgende innenpolitische Radikalisierung im besiegten Deutschen Reich sahen das Zentrum als Stützpfeiler der „Weimarer Koalition“, also als die entscheidende Partei einer freilich bedenklich

zusammengeschrumpften demokratischen Mitte. Allerdings hatte sich mit der Bayerischen Volkspartei (BVP) eine regionale Abspaltung des Zentrums gebildet, die die Geschlossenheit der bürgerlichen Mitte durchbrach. Die bayerische Partei kündigte sogar bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 dem Zentrums kandidaten, dem früheren Reichskanzler Wilhelm Marx, die Gefolgschaft und unterstützte den Kandidaten der rechtspopulistischen Parteien, den ehemaligen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg. Hindenburg gewann mithilfe der bayerischen Stimmen knapp. Dies war eine fatale Weichenstellung für die deutsche Politik, die die BVP mit zu verantworten hatte: Es ist kaum denkbar, dass 1933 ein Reichspräsident Wilhelm Marx einen Adolf Hitler zum Kanzler ernannt hätte. Der Alleingang der BVP, das Verlassen der bürgerlichen Mitte durch eine der Parteien der Christlichen Demokratie, hatte tragische Folgen.

Die Selbstaflösung des Zentrums 1933 kam einem Parteiverbot zuvor. Anders als bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gab es keine in der Illegalität oder dem Exil weitergeführte Parteistruktur, wohl aber vielfältige Kontakte von ehemaligen Zentrumsanhängern untereinander und zum Widerstand. Mehr als ein Hoffnungszeichen für die Nachkriegszeit war die Opposition in beiden großen Kirchen gegenüber den Zumutungen des NS-Regimes.

UNION – TRADITIONELL EVANGELISCHE TERMINOLOGIE

Entscheidend für die Entwicklung in Nachkriegsdeutschland war die gemeinsame Erfahrung im Widerstand, die die konfessionellen Grenzen relativiert hatte. Die Gründung einer interkonfessionellen Partei 1945 in mehreren sich unabhängig voneinander bildenden „Gründungskernen“ (Hans-Otto Kleinmann) zeigte, dass das Verlangen nach einem Zusammengehen aller Christen allgemein war. Auf evangelischer Seite erklärte sich ein wesentlicher Teil der „Bekennenden Kirche“ für die neue Partei, während sich auf katholischer Seite trotz der Wiederbegründung des Zentrums die katholischen Bischöfe fast geschlossen hinter die Neugründung stellten. Der Name „Union“ – traditionell eher der evangelischen Terminologie zugehörig – wurde bewusst gewählt, um den Protestanten, die einen geringeren Teil der Parteimitglieder ausmachten, entgegenzukommen. Der Zusammenschluss von engagierten evangelischen und katholischen Christen, zu denen noch ehemalige Liberale stießen, ermöglichte es jetzt, die politische Mitte dauerhaft zu besetzen.

Evangelische ordoliberalen Wirtschaftsdenker und Anhänger der katholischen Soziallehre einigten sich auf das Wirtschaftsprogramm der Sozialen Marktwirtschaft. Das darauf basierende „Wirtschaftswunder“ legitimierte die Politik der Union und gab dem Gründungskanzler Konrad Adenauer die

Gelegenheit, politisch unpopuläre, aber außenpolitisch notwendige Maßnahmen wie die Wiederbewaffnung und die Entschädigungsleistungen an Israel durchzusetzen. Protestparteien am rechten Rand wurden entweder, wie die NSDAP-Nachfolgepartei Sozialistische Reichspartei 1952, verboten, oder aber sie schlossen sich, wie die Deutsche Partei oder der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), die beide trotz ihrer Rechtslastigkeit demokratisch ausgerichtet waren, mit der Union zusammen. Als Sammlungspartei der bürgerlichen Mitte 1945 gegründet, erreichte die Union bei den Bundestagswahlen 1957 als bislang einzige Partei beziehungsweise einziges Parteienbündnis die absolute Mehrheit auf Bundesebene.

DER VERLUST DER MITTE

Als die CDU nach dem Rücktritt Adenauers 1963 in eine Phase der strukturell bedingten Orientierungslosigkeit rutschte, die erst mit der Wahl Helmut Kohls zum Parteivorsitzenden 1973 beendet wurde, geriet auch die bis dahin uneingeschränkt behauptete politische Mitte in Gefahr. Sie wurde nun auch von einer sich von ihrem bisherigen klassenkämpferischen Marxismus distanzierenden SPD in Anspruch genommen, die seit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 strategisch auf die Regierungsfähigkeit hinarbeitete und unter dem Kanzlerkandidaten Willy Brandt sogar die bis dahin unverrückbaren Vorbehalte gegenüber der katholischen Kirche abbaute. In der Bundestagswahl 1969 konnte die Union die Mitte nicht mehr für sich gewinnen, was vorläufig auch den Verlust der Kanzlerschaft bedeutete. Konsequenterweise richtete der neue Parteivorsitzende Helmut Kohl ab 1973 sein Programm neben der unbedingt notwendigen Professionalisierung der Parteilinie im Politischen vor allem auf die Wiedergewinnung der Mitte aus.

Dies war umso notwendiger, als die Union im Drei-Parteien-System, das zwischen 1961 und 1983 bestand, um die Besetzung der Mittelposition im Parteienspektrum kämpfen musste. Nicht nur eine in die Mitte strebende SPD unter einem auch für bürgerliche Wähler akzeptablen Kanzler Helmut Schmidt, auch die nach links gerückte Freie Demokratische Partei (FDP) versuchte, der CDU/CSU den zentralen Platz im politischen Spektrum streitig zu machen. Gleichzeitig sah die Union die Notwendigkeit, die rechte Seite abzudecken. Ende der 1960er- und noch einmal Ende der 1980er-Jahre bestand die Gefahr, dass sich mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und später mit den „Republikanern“ rechtsextreme Parteien auf Bundesebene etablieren könnten. Die praktizierte Lösung nutzte geschickt die duale Struktur der beiden christdemokratischen Schwesterparteien und das persönliche Profil der beiden langjährigen Vorsitzenden Franz-Josef Strauß (1915 bis 1988) und Helmut Kohl. Strauß, der als pointiert formulierender Redner lustvoll seinen Konflikt mit der politischen Linken

zelebrierte, deckte mit einer auf bundespolitischer Bühne konservativ agierenden Christlich-Sozialen Union (CSU) diesen Bereich des politischen Spektrums ab. Strauß' bekanntes Diktum, dass rechts von der CSU kein Platz für eine demokratisch legitimierte weitere Partei sein dürfe, definierte diese Strategie. Der sich moderater gebende Helmut Kohl und die CDU übernahmen die Pflege der Mitte. Diese „Arbeitsteilung“ verhinderte zwar das Aufkommen der NPD, stärkte aber den Einfluss der CSU weit über ihre tatsächliche wahlstatistische Bedeutung hinaus. Franz Josef Strauß konnte deshalb mit dem Kreuther Trennungsbeschluss 1976 den Plan verfolgen, die CSU als konservative, bundesweit vierte Partei zu etablieren. Die Gegendrohung der CDU, dann auch in Bayern anzutreten, machte diesen Versuch zunichte; Strauß konnte aber immerhin seine Kanzlerkandidatur für den Bundestagswahlkampf 1980 durchsetzen.

Strauß' Scheitern als Spitzenkandidat der Union gegen eine eigentlich schon abgewirtschaftete sozialliberale Koalition unter Helmut Schmidt war im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass er in der bundesdeutschen Öffentlichkeit als zu rechtslastig wahrgenommen wurde: Der deutsche Wähler wollte einen Bundeskanzler aus der politischen Mitte und nicht vom Rand des politischen Spektrums. Helmut Kohl dagegen, der 1982 die Schmidt-Regierung mithilfe der wechselwilligen FDP stürzen konnte, verkörperte von seinem in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Profil in geradezu idealer Weise die politische Mitte. Seine oft von Karikaturisten und der linken Seite des Feuilletons bespöttelte angebliche Durchschnittlichkeit passte zu einer bürgerlichen Koalition, die sich mit der Durchsetzung eines strikten Sparkurses von den neu in den Bundestag gekommenen Grünen und den Umverteilungswünschen der SPD abgrenzte.

WÄHLER WOLLEN KEINEN PROFILIERT KONSERVATIVEN KANZLER

Die maßgeblich von Helmut Kohl geprägte Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/90 beseitigte durch die Erfüllung dieser zentralen Forderung des konservativen politischen Spektrums erst einmal die Gefahr einer Partei rechts neben der Union. Kohl gelang es sogar während der außenpolitischen Verhandlungen, potenziell gefährliche innenpolitische Stolpersteine wie die Anerkennung der völkerrechtlichen Endgültigkeit der polnischen Westgrenzen weitgehend geräuschlos abzuräumen. Da sich mit der SED-Nachfolgepartei PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) neben den Grünen ein weiterer, dezidiert linker Konkurrent für die SPD etablieren konnte, gehörte der Union für das nächste Jahrzehnt die politische Mitte unangefochten. Interessant für die langfristige Strategie der Union wurden die Bundestagswahlen 2002. Mit dem CSU-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber bestätigte sich

die Erfahrung von Strauß' Wahlniederlage 1980: Auch 2002 wollten die deutschen Wähler keinen profiliert konservativen Kanzler; die Wahl ging gerade deswegen für die Union gegen einen Kanzler Gerhard Schröder verloren, der sich gezielt als politisch gemäßigt inszenierte.

Die wahlarithmetisch kaum zu vermeidenden Großen Koalitionen unter Angela Merkel (2005 bis 2009, seit 2013) haben dann wieder den Extremen Auftrieb gegeben – schon Ende der 1960er-Jahre, nach den Jahren der ersten Großen Koalition 1966 bis 1969, wäre der NPD fast der Einzug in den Bundestag geglückt. Allerdings sind zurzeit die Rahmenbedingungen für die Verhinderung einer rechtspopulistischen Partei auf Bundesebene noch schlechter als damals. Es fehlen sowohl die ideologische Konfrontation zum Marxismus sowjetischer Prägung als auch die unmittelbaren Erinnerungen an die NS-Diktatur, beides Garanten für eine Geschlossenheit der bürgerlichen Wählerschaft und der eigenen Parteifamilie. Zudem befindet sich das vereinte Europa, ein traditionell christdemokratisch besetztes Thema, in einer tiefen Krise. Besorgniserregend ist der Blick auf die Niederlande und die Schweiz, die beiden Länder Mitteleuropas, die Deutschland wahlsoziologisch am ähnlichsten sind: Hier rangieren rechtspopulistische Gruppierungen – die Schweizerische Volkspartei von Christoph Blocher sowie die *Partij voor de Vrijheid* von Geert Wilders – bei Wahlen mittlerweile weit vor den schweizerischen respektive niederländischen christdemokratischen Schwesterparteien. Die Wähler der bürgerlichen Mitte in Europa, so scheint es momentan, sind nach rechts gerückt.